

Falsches Vertrauen in die Arbeit der Justiz

Assange-Anhörung: „Der High Court gibt sich Bedenkzeit“, FR-Politik vom 22. Februar

Die deutsche Außenpolitik ist doppelzünftig

„Die germanischen Tugendbolde“, schrieb die Journalisten-Ikone Peter Scholl-Latour im Buch „Die Welt aus den Fugen“ (2013), würden ihre philanthropischen Vorwürfe vornehmlich nur gegenüber Vertretern jener Staaten äußern, die sich den strategischen oder wirtschaftlichen Ambitionen der westlichen Welt entgegenstellten. Positiv bewertete Regierungen hingegen, mögen sie sich noch so menschenverachtend gebärden, bleiben in der Regel „von diesen heuchlerisch anmutenden Vorwürfen verschont“.

Angewandt auf das Verhalten der Grünen-Führung im Fall Assange, klingt das wahrhaft prophetisch. Vor allem unsere Außenministerin mit ihrer vermeintlich „wertebasierten“ Politik sollte sich angesprochen fühlen, denn gerade im Falle des Wikileaks-Gründers beweist sie Doppelzüngigkeit. 2021 noch tritt sie vehement für ihn ein;

seit dem Regierungsbeitritt schweigt sie. Inzwischen ist sie eher die geheime Erfüllungsgelhilfin US-amerikanischer Hege- monialansprüche, indem sei Bidens Narrativ vom Kampf „Gut gegen Böse“ bzw. „Demokratie gegen Autokratie“ übernimmt. Dabei hat Biden doch in seiner TV-Ansprache vom vergangenen Oktober klargestellt, dass es auch „gute“ Diktatoren gebe, wenn diese halt dem US-System folgen.

Das sieht wohl auch Baerbock so. Sie erhebt bei jeder Gelegenheit ihre Stimme – oft mit emotionalem Beiwerk – gegen Russland, China, Iran, Belarus usw., überall da, wo es USA und Nato gefällt. Ganz anders im Falle von Diktaturen wie Saudi-Arabien, wo sie sogar Waffenlieferungen befürwortet, Ägypten, den Emiraten, der Türkei, Aserbeidschan, um nur einige der schlimmeren Menschenrechtsverletzer und/oder Kriegstreiber zu nennen.

Vor allem aber übt sie keinerlei Kritik an den USA, die sich

auch im laufenden Jahrhundert zahlreicher Verbrechen gegen das Völkerrecht schuldig gemacht haben.

Im Fall Assange reagiert sie mit der erbärmlichen Ausrede, man vertraue auf die europäische und amerikanische Justiz. Die Krone setzt Baerbocks Auswärtiges Amt der Sache auf, indem es mitteilt, die Menschenrechtsbeauftragte der Regierung (eine Grüne) stehe für ein Interview nicht zur Verfügung. Man kann Christine Dankbar nur zustimmen: „Vehement kann man nicht schweigen.“

Bernd Knierim, Worms

Der eine hat den Gulag, der andere Guantánamo

Politische Moral und Scheinheiligkeit. Was dem einen sein Nawalny, ist dem anderen sein Assange. Was dem einen sein Gulag, ist dem anderen sein Guantánamo oder Abu Ghuraib.

Rolf Lang, Heusenstamm

Diskussion: frblog.de/nawalny-3

Politische Gegner werden kriminalisiert

Alexej Nawalny ist tot: „Der Unfügsame“ und „Am Ende von Putin getötet“, FR-Titel und -Tagesthema vom 17. Februar

Fesseln und Maulkörbe für die Freiheitsbewegung

Der mutmaßliche Mord am russischen Regierungskritiker Alexej Nawalny löst tiefe Bestürzung aus. Als mutiger Bürger seines Landes setzte er sich für Freiheit und Demokratie ein und bezahlte mit seinem Leben. Damit reiht er sich ein zwischen Sacharow und Solschenizyn, die ebenfalls ihrer Meinungsfreiheit und der bürgerlichen Grundrechte beraubt wurden.

Nawalny musste erleben, wie die junge Demokratie in Russland von einer korrupten Minderheit gekapert wurde, die mit wachsenden Repressionen ihren Herrschaftsanspruch gegenüber der mundtot gemachten Mehrheit durchsetzte. Von „ordentlichen“ Gerichten wurde er „nach gültigem Recht“ wegen „Extremismus“ verurteilt, überwacht, vergiftet, gefangen genommen und am Polarkreis isoliert. Die

Freiheits-Bewegung bekam Fesseln und Maulkörbe verpasst, und ihre Forderungen wurden in den öffentlich-rechtlichen Medien Russlands konsequent totgeschwiegen. Der Schritt zum Verbot hoffnungsvoller Oppositionsparteien war daraufhin naheliegend.

Da eine schweigende Mehrheit eher bereit ist, den Regierungslügen Glauben zu schenken, als sich dem Risiko einer eigenen Meinungsbildung auszusetzen, ist es in Russland so, wie es der Bürgerrechtler Alexander Solschenizyn mit folgenden Worten beschrieb: Typisch für ein gegen das eigene Volk gerichtete System ist es, Kriminelle zu schonen, aber politische Gegner als Kriminelle zu behandeln!

Sein Bruder im Geiste, Alexej Nawalny, ermahnt uns zur Wachsamkeit – denn der Totalitarismus hat nicht selten in falschverstandenen Demokratien

seinen Ursprung. Achten wir also auf die Anzeichen, die dem Tod Nawalyns vorausgingen.

Martin Hartmann, Babenhausen

Trotz Widrigkeiten hat Nawalny nicht aufgegeben

Nawalny ist tot. Der Verstand scheint ohnmächtig zu sein. Ich bin betroffen. Ein Mensch, der sich aufgelehnt hat. Gegen die Menschenverachtung in der Welt. Es gibt zu viele Unmenschen an der Macht. Wie soll man da optimistisch sein? „Zum Glück hat das Leben keinen Sinn“, schreibt Albert Camus. Nawalny hätte bei ihm die Hauptrolle eingenommen. Die des absurden Menschen, der trotz aller Widrigkeiten nicht aufgibt, in einer irrationalen Welt, die gleichgültig dem Menschen gegenübersteht, ein sinnvolles Leben zu führen.

Gerhard Nitsche, Lahnstein

Diskussion: frblog.de/nawalny-3

Vertrauensbildung statt Säbelrasseln

Münchner Sicherheitskonferenz: „Nicht nur Schwarzmalerei betreiben“, FR-Politik vom 13. Februar

Die Ausrichtung der Sicherheitskonferenz kann noch nicht überzeugen. Auch wenn es sinnvoll erscheint, in einem zunehmend multipolaren Zeitalter nicht nur Schwarzmalerei zu betreiben und den internationalen Dialog intensivieren zu wollen, um Krisensituationen schneller gemeinsam überwinden zu können, gibt es bei diesem Leitbild eine nicht unerhebliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, da der Trend nicht nur bei der (Eliten-) Veranstaltung im Hotel Bayerischer Hof eher in

die Richtung geht, das Thema der globalen Sicherheit in erster Linie nur noch unter militärischen und nicht zivilen Gesichtspunkten zu diskutieren. Deshalb sollten die Ausrichter um Christoph Heusgen über ein verändertes Format der Veranstaltung nachdenken, indem z.B. die Zahl von Friedensforschern, etwa aus den Geisteswissenschaften, substanziell erhöht wird. Gerade Psychologen und Historiker machen sich häufig viel intensiver Gedanken darüber, woher überhaupt der Hass

in den Köpfen vieler Menschen rührt, als einfache militärische Strategen, die nur den einen Weg kennen: bei Konflikten nach außen demonstrative Stärke zeigen. Obwohl schon das Ende des Kalten Krieges deutlich gemacht hat, dass eine gegenseitige Vertrauensbildung im Sinne einer clever eingesetzten Softpower nach dem Vorbild von Willy Brandt und Egon Bahr nicht selten eine wesentlich größere Erfolgchance beim Aufbau einer stabilen Friedensordnung verspricht! Rasmus Ph. Helt, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240226

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt!“. Mit Jürgen Hinzer, Ex-Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft NGG.
Dienstag, 27. Februar 2024, 18 Uhr
Münzenberg-Forum
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Dein Würstsalat kann warten oder Die kalte Erika“, einem Offenbach-Krimi, der im September 2024 erscheint, und stellt seine früheren Romane vor.
Samstag, 20. April, 15 Uhr
Rathauspavillon, Platz der Deutschen Einheit 7, Offenbach

Löchrige Brandmauer

Freie Wähler: „Die Zwischentöne von Bitburg“, FR-Politik vom 19. Februar

Vier seiner Fraktionskollegen im Landtag von Rheinland-Pfalz stimmten auf dem Bundesparteitag der Freien Wähler mit Nein und folgten somit nicht ihrem Fraktionsvorsitzenden. Dass der rheinland-pfälzische Fraktions- und auch Landesvorsitzende der Freien Wähler, Stephan Wefelscheid, es aber ernst und ehrlich meint, wenn er um Zustimmung zum Kooperationsverbot mit der AfD warb, nehme ich ihm ab, zumal wenn ich an die Kontroverse zwischen ihm und dem Bundesvorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, im letzten Jahr denke. Zunächst forderte Aiwanger nämlich, die Mehrheit müsse sich „die Demokratie zurückholen“, und dann gab es seinen merkwürdigen Umgang mit dem zu Schulzeiten bei ihm gefundenen antisemitischen Flugblatt. Aktuell ist Aiwanger mehr Berufsdemonstrant bei Bauernprotesten als bayerischer Wirtschaftsminister, aber Demonstrationen gegen die AfD meidet er wie der Teufel das Weihwasser.

Insofern ist es höchstwahrscheinlich taktisch motiviert, dass er sich auf dem Bundesparteitag in Bitburg für den Kooperationsverbotsantrag einsetzte, möchte er doch die verschiedenartige Partei zusammenhalten, die etwa in Rheinland-Pfalz vor-dergründig ein bisschen anders als in Bayern tickt. Es ist gewiss nachvollziehbar, dass Wefelscheid jetzt das abweichende Votum seiner vier Fraktionskollegen nicht überbewerten will. Aber eigentlich ist deren Entscheidung wiederum ein gutes Zeichen. Regt sie doch dazu an, bei den Freien Wählern brandmauertechnisch genau hinzuschauen.

Siegfried Kowallek, Neuwied

Der Herr hat's gegeben

Zu: „Trump ermuntert zum Angriff“ FR-Politik vom 12. Februar

Ich weiß gar nicht, worüber ich mich mehr wundern soll: über Trumps Aussagen oder über die Reaktionen darauf. Wenn man jemanden immer wieder darum bittet, etwas zu tun, und er tut es nicht – würde dann nicht jeder mit Konsequenzen drohen (Zwei-Prozent-Forderung)? Nur hatte da nicht vor kurzem ein hoher US-Militär geäußert, dass die USA in Europa verteidigt werden? Wenn dem so ist, dann würde Trump das USA-Vorfeld kampfflos (für die USA) Russland überlassen. Was käme dann? Glaubt er, dass dann Schluss ist? Hatte nicht ein Franzose die Nato für hirntot erklärt? War und ist die Nato nicht von US-Gnaden und gilt nicht: Der Herr hat es gegeben, der Herr wird es ggfs. nehmen? Gab es nicht mal die Westeuropäische Verteidigungsunion? Wissen das die (Un-) Verantwortlichen nicht? Ihre Reaktionen deuten darauf hin. Rüdiger Erdmann, Pattensen